

Niederschrift

zur 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 19.09.2019	18.30-22.00 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Monika Fiedler , Peter-Martin Mattigk , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Gernot Geike , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Kai Hamacher , Christina Krüger , Nancy Krüger , Sabine Niels ,

SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger , Juliane Meyer , Sebastian Rausch , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich , Enrico Biagini , Axel Fachtan , Jürgen Gebauer , Rolf Peter Hooge ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz , Cornelia Behrmann , Jens-Olaf Zänker ,

Fraktionsloser Abgeordneter

Thomas Apitz ,

Verwaltung

Melanie Brückner , Elke Huhn , Franka Koch , Christfried Tschepe , Stefan Wichary ,
43 Gäste

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer entschuldigt, Anja Miethke entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden recht herzlich und eröffnet die 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 28 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend (ab 19.00 Uhr 29 SV).

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es den Hinweis, dass der Antrag der BFZ-Fraktion zur Errichtung von Superchargern für Elektroautos (7/AN/044) in die Ausschusssitzungen verwiesen werden soll. Herr Dr. Berger bittet, die TOPS 8.5, 8.7. und 8.8 im Zusammenhang zu diskutieren und den TOP 8.6. Einrichtung einer zeitweiligen AG Feuerwehr (7/AN/041) vorzuziehen. Weitere Einreden gibt es nicht. Die geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gebracht.

Zustimmung mit Änderung Ja 28 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift

Herr Dippe gibt den Hinweis, dass er zur öffentlichen Sitzung nicht anwesend war. Weitere Einreden gibt es nicht.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass Frau Kuo von der AfD-Fraktion in den Pool der sachkundigen EinwohnerInnen benannt wird.

Der Seniorenbeirat hat in der konstituierenden Sitzung Herrn Hans-Christian Karbe zum Vorsitzenden gewählt. Die Stellvertreter sind Wolfgang Petenati, Dieter Paulus und die Schriftführerin ist Frau Heidemarie French.

Der von der FDP-Fraktion benannte sachkundige Einwohner, Thomas Kirsch, wird zurückgezogen.

Für weitere Informationen zum Thema FSV Union wird Herrn Wende und Herrn Dippe das Wort erteilt.

Herr Wende berichtet, dass man sowohl auf Seiten der Stadt als auch beim FSV Union auf Fairness und Einhaltung der gemeinsamen Ziele achten wolle. Unter diesem Aspekt wurden die Gespräche begleitet und moderiert. In einer ersten gemeinsamen Beratung wurden einige Probleme in der Betriebskostenabrechnung thematisiert und verabredet, wie damit weiter verfahren werden soll (fehlende Belege und Erklärungen, für die ein Zeitfenster verabredet wurde). Man hat sich weiterhin darauf verständigt, am 29.09.2019 an einem Vororttermin im Stadion teilzunehmen, um den weiteren Prozess zu begleiten (Beleuchtungsanlage Parkplatz). Er schätzt die Gespräche als lösungsorientiert ein und meint, alle Beteiligten seien sehr engagiert und zuversichtlich für die kommenden Gesprächsrunden.

Die Mitgliederversammlung wird bis Ende November 2019 organisiert.

Herr Dippe fand das Gespräch ebenfalls sehr wichtig und konstruktiv. Man hätte sich auf eine gemeinsame Basis für die weitere Zusammenarbeit verständigt.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über

- . die Feierlichkeiten zum 30jährigen Städtepartnerschaftsjubiläum Fürstenwalde-Reinheim mit zahlreichen Erkenntnissen über unsere Stadt, die bei einer Stadtrundfahrt vermittelt wurden. Reinheim hat ein Gastgeschenk für den Aktivpark übergeben.

- . 29.9. 11. bis 18.00 Uhr Abstimmung zum Bürgerbudget mit Erntefest auf dem Marktplatz

. erinnert, dass bis 31.10.2019 Vorschläge zur Ehrung mit dem Goldenen Raben der Stadt eingereicht werden können. Der Goldene Rabe wird dann zum Neujahrsempfang am 10.1.2020 überreicht.

. die Radtour in und um die polnische Partnerstadt Sulechów, an der u.a. der Erste Beigeordnete teilnimmt

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Heiß (mit der Aufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht zum geplanten Vorhaben an der Bettina-von-Arnim-Straße. Er bittet die Stadtverordneten darum, den Auslagebeschluss zu fassen und das Bebauungsplanverfahren Nr. 111 zu Ende zu führen. Damit soll die Park/Grünanlage in der Bettina-von-Arnim-Straße erhalten und von den Anwohnern auch weiterhin in ehrenamtlicher Übernahme gepflegt wird.

Herr Alter (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) fragt nach der Namensbenennung am Hangelsberger Chaussee.

Herr Tschepe berichtet, dass der Beschluss zur Neubenennung seinerzeit keine Mehrheit fand.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Berufung der Beiräte

TOP 8.1.1 Benennung der Mitglieder des Behindertenbeirates

Benennung des Behindertenbeirates:

Frau Marion Holzheier, Herr Heiko Reichmuth, Herr Maik Götze, Frau Lieselotte Hettwer, Frau Elke Neitsch, Frau Bärbel Korn (Schriftführerin) und Frau Daske.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.1.2 Benennung der Mitglieder des Kita- und Grundschulbeirates

Benennung der Mitglieder für den Kita- und Grundschulbeirat:

Herr Nico Fechner, Jan Giesau, Nadine Hoffmann, Nicole Heide, Sylvia Kessler, Martin Kronberg, Kathrin Kunzendorf, Katharina Leicht, Thomas Rockstroh, Julia Wollburg, Stefanie Worsseg.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.2 Einbringung von Anträgen durch die Fraktionen

TOP 8.3 Antrag der BFZ-Fraktion: Errichtung von Superchargern für Elektroautos 7/AN/044

Verweisung

TOP 8.4 Antrag des Ortsbeirates Heidefeld - Beauftragung an den Zweckverband zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstentwalde und Umland mit der Überprüfung der Hydranten im Heidefeld

Herr Tschepe erläutert, dass die Prüfung der Hydranten im Trinkwassernetz nur vom ZV selbst bzw. von Firmen in seinem Auftrag zum Festpreis ausgeführt wird. Löschwasser ist Aufgabe der Kommune im Falle des Grundschatzes, Aufgabe der privaten Bauherren im Falle des Objektschatzes und Aufgabe der Waldbesitzer im Falle des Waldbrandschatzes. Im Namen dieser drei Gruppen nimmt der ZV gegen ein Entgelt die Prüfung vor. Im Heidefeld ist es aufgrund der Außenbereichslage eine besondere Situation, nämlich die Kommune einerseits nicht im Falle des Grundschatzes und andererseits aber die vorhandenen Hydranten seit 20 Jahren nicht geprüft wurden. Vor diesem Hintergrund beantragt dies der OB Heidefeld, um das Sicherheitsgefühl der Bewohner zu gewährleisten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstentwalde / Spree beschließt, dass die notwendigen Überprüfungen / Untersuchungen entsprechend der Brandschutzverordnung und den einschlägigen Vorschriften an den 34 Hydranten im OT Heidefeld durchgeführt und protokolliert werden. Der Auftrag an den ZVWA wird seitens der Stadt ausgelöst. Die Kosten übernimmt die Stadt Fürstentwalde. Die Überprüfung der Hydranten im OT Heidefeld sind turnusgemäß in die Planung aufzunehmen und durchzuführen.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 Antrag der BFZ-Fraktion: Einrichtung einer zeitweiligen Arbeitsgruppe 7/AN/041 "Feuerwehr"

Die einbringende BFZ-Fraktion hat das Wort. Herr Dippe geht darauf ein, dass die Erreichung der Schutzziele in 2018 aus verschiedenen Gründen nicht möglich war. Um die Herausforderungen aber im Detail zu kennen und auswerten zu können, ist die Bildung einer AG sinnvoll.

Herr Wende versteht das Anliegen und meint, es müssen Rahmenbedingungen definiert werden, um die zu erfüllenden Aufgaben leisten zu können. Er ist aber nicht bereit, dafür eine AG zu bilden. Vielmehr erwartet er einen Dialog zwischen der hauptamtlichen Feuerwehr und der Verwaltung, deren Ergebnis eine Konzeption ist, die den Stadtverordneten vorgelegt und mit der Haushaltsplanung umgesetzt und realisiert wird.

Die meisten Fraktionen schließen sich dem an und vertreten ebenfalls die Auffassung, dass keine Arbeitsgruppe gebildet wird. Verwaltungs- und feuerwehrspezifisches Wissen ist in Feuerwehr und Verwaltung vorhanden, dort müssen die Grundlagen erarbeitet werden, mit denen die Stadtverordneten dann steuern und im Haushaltsplan justieren können.

Herr Wichary informiert, dass es Schreiben vom Feuerwehrverein gibt und zu dem es eine gemeinsame Gesprächsrunde mit Bürgermeister, Erstem Beigeordneten und Feuerwehrvereinsvorsitzenden und weiteren Vereinsmitgliedern gab. Weitere Gespräche wurden nach diesem ersten Schritt vereinbart. Herr Wichary hat in Auswertung der Ausführungen zur (Nicht)Erreichung der Schutzziele erstmals eine Berichtspflicht eingeführt, d.h. der Leiter der Feuerwehr berichtet quartalsweise über Einsätze insgesamt, wie viele unter die Schutzzieldefinition fallen, in wie vielen die Schutzziele nicht erreicht sind und warum nicht.

Des Weiteren geht er auf die zum Haushalt erarbeitete Prioritätenliste ein, eine Rangfolge der Anmeldungen der Ausstattungen/Maßnahmen für die Feuerwehr wurden von Herrn Müller alle auf Rang 1 gesetzt. Vor diesem Hintergrund und der Bitte der Feuerwehr, künftig mehr Gehör zu finden, fand der Vorschlag, eine Arbeitsgruppe zu bilden, beim Herrn Müller durchaus Zustimmung.

Der Vorsitzende bringt den Antrag der BFZ-Fraktion zur Abstimmung.

Ablehnung Ja 11 Nein 16 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.6 Antrag der BFZ-Fraktion: Minderung des Schadens der Stadt Fürstwalde/Spree im Zusammenhang mit den städtischen Zins-Swap-Geschäften

Für die einbringende Fraktion spricht Herr Dippe. Er geht nochmals auf die bekannten Hintergründe ein. Fakt ist, so führt er aus, dass gegen geltendes Recht verstoßen wurde und man sich aus diesem Grunde den Empfehlungen der Rechnungsprüferin zur Aufhebung der Entlastung der jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten in den Jahren 2007 bis 2010 anschließen müsse. Außerdem beantragt die Fraktion, dass die Stadt Schadensersatzansprüche gegenüber den handelnden Personen geltend macht unter der Bedingung, dass eine juristische Prüfung ergibt, dass die Ansprüche gerechtfertigt sind und Aussicht auf Erfolg haben. Eine Prüfung, die die BFZ-Fraktion veranlasst hatte ergab, dass diese Schadensersatzforderung berechtigt wäre. Allerdings endet zum Ende des Jahres 2019 die zivilrechtliche Verjährung.

Herr Dippe geht auf den Schaden von mind. 5,7 Mio€ ein. Er macht die Verantwortung der Stadtverordneten für die Stadt noch einmal deutlich und meint, man müsse versuchen, den Schaden zu reduzieren, Rechtsfrieden und Vertrauen in die Politik wieder herzustellen. Er bittet um Zustimmung für die Beschlussvorschläge.

Herr Sachse warnt vor Populismus, der bei diesem Thema überhaupt nicht weiterhilft. Außerdem spricht er für die „neuen“ Stadtverordneten, die anders als die damals bereits tätigen, eigentlich gar nicht so recht wissen, wie und worum es geht. Er hält das für sehr problematisch, von denen ein Votum einzufordern und erinnert, dass mit dem heutigen Wissen, vieles anders gesehen wird. Seinerzeit war ja überhaupt nicht absehbar, dass die Euro-Krise kommt und ganze Banken krachen gehen. Er tritt entschieden dagegen auf, „alte“ Rechnung zu begleichen und auf Leute mit Finger zu zeigen.

Herr Geike mahnt, zwischen Geldanlagen und Spekulationsgeschäften von Privatleuten und im öffentlichen Bereich mit Steuergeldern zu unterscheiden. Er spricht sich dafür aus, eine Prüfung durchzuführen ob Steuergelder verschwendet wurden.

Herr Fachtan spricht für die AfD-Fraktion und meint, auch seine Fraktion spricht sich für eine zivilrechtliche Aufklärung und ggf. Schadensersatzprüfung aus. Es ist auf zivilrechtlichem Wege zu prüfen, ob sich Personen haftbar gemacht haben oder nicht. Es geht nicht um „alte“ Rechnungen, die die AfD-Fraktion sowieso nicht aufzutragen hat, es geht allein um die Frage, wie ein Millionenschaden reguliert und durchgesetzt werden kann.

Von der SPD-Fraktion ergreift Frau Meyer das Wort. Sie erläutert, dass die SPD-Fraktion der Aufhebung der Entlastung nicht zustimmen wird. Das vor allem unter dem Aspekt des gegenseitigen Vertrauens. Für die seinerzeit im Nachhinein genehmigten Geschäfte wurde dem Bürgermeister die Entlastung erteilt, die heute wieder aufgehoben werden soll. Wie soll da Vertrauen, vertrauensvolle Politik entstehen?

Herr Wende legt nochmals Wert auf die Feststellung, wie toll sich die Stadt in den vergangenen 25 Jahren entwickelt hat und was geleistet wurde. Man sollte stolz darauf sein und sich nicht dafür engagieren, die Verdienste klein zu reden und rückwärtsgewandte Debatte führen, die das Erreichte schlecht machen.

Er erinnert auch daran, dass die bisherige Entlastung auf der Basis von Rechnungsprüfungen stattfand. Man dürfe nicht so tun, als habe es in Vorjahren keine Rechnungsprüfung gegeben, so Herr Wende. Sowohl durch die Stadt als auch durch den Landkreis.

Herr Apitz findet eine Prüfung notwendig, allein aus der Verantwortung den EinwohnerInnen gegenüber heraus und um herauszufinden, ob ein Teil der Steuergelder wieder nutzbar für den Haushalt

gemacht werden kann. Er meint, um die Zukunft zu gestalten, muss aus den gemachten Fehlern gelernt werden. Deshalb ist es notwendig, eine Untersuchung anzuschließen und den Schaden zu minimieren.

Thomas Apitz spricht von Unruhe in der Stadt und sieht es als unbedingt notwendig an, zu untersuchen, was damals passiert ist. Deshalb sollte dem Antrag zugestimmt werden.

Weitere Wortmeldungen und Klarstellungen zu diesem Thema veranlassen Herrn Wende einen GeschäftsO-Antrag zu stellen. Er bittet, die beiden Beschlussvorschläge 1 und 2 getrennt abzustimmen.

Herr Dippe beantragt namentliche Abstimmung.

Die SPD-Fraktion beantragt eine kurze Beratungspause. Der Vorsitzende gibt dem statt und unterbricht die Sitzung für 5 Minuten.

Beschluss:

1. Aufgrund der Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung der Entlastung des jeweils in den Jahren 2007, 2008, 2009 und 2010 amtierenden Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Fürstenwalde/Spree für die Jahre 2007, 2008, 2009 und 2010.

Namentliche Abstimmung:

Apitz, Peter	ja
Apitz, Thomas	ja
Aulich, Lars	nein
Bargenda, Jutta	nein
Behrmann, Cornelia	ja
Berger, Franz	nein
Biagini, Enrico	ja
Dippe, Christian	ja
Fachtan, Axel	ja
Fiedler, Monika	nein
Fischer, Thomas	entsch.
Gebauer, Jürgen	ja
Geike, Gernot	ja
Hamacher, Kai	ja
Hooge, Rolf-Peter	ja
Koch, Uwe	nein
Krüger, Christina	ja
Krüger, Nancy	ja
Ksink, Reinhard	nein
Lehmann, Karin	ja
Mattigk, Peter-Martin	ja
Meyer, Juliane	nein
Miethke, Anja	entsch.
Niels, Sabine	ja
Petenati, Wolfgang	nein
Rausch, Sebastian	nein
Sachse, Gerold	nein
Schumann, Petra	nein
Teichmann, Jürgen	nein
Wagner, Elke	nein
Wende, Stephan	nein
Zänker, Jens-Olaf	ja
Rudolph, Matthias	ja

2. Vor dem Hintergrund des der Stadt Fürstenwalde/Spree aus den Zinsswapgeschäften der Stadt entstandenen finanziellen Schadens beauftragt die Stadtverordnetenversammlung den Bürgermeister, Schadensersatzansprüche gegenüber dem ehemaligen Bürgermeister und dem ehemaligen Kämmerer der Stadt unverzüglich zu prüfen und diese im Falle eines positiven Prüfergebnisses unverzüglich geltend zu machen. Zu diesem Zweck beauftragt die Stadtverordnetenversammlung den Bürgermeister weiterhin mit der Bestellung eines Rechtsbeistands zur Vertretung der Interessen der Stadt Fürstenwalde/Spree. Der Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung sind über die Verfahrensschritte und etwaige damit verbundene Kostenrisiken zu informieren.

Namentliche Abstimmung:

Apitz, Peter	ja
Apitz, Thomas	ja
Aulich, Lars	nein
Bargenda, Jutta	nein
Behrmann, Cornelia	ja
Berger, Franz	nein
Biagini, Enrico	ja
Dippe, Christian	ja
Fachtan, Axel	ja
Fiedler, Monika	Enthaltung
Fischer, Thomas	entsch.
Gebauer, Jürgen	ja
Geike, Gernot	ja
Hamacher, Kai	ja
Hooge, Rolf-Peter	ja
Koch, Uwe	nein
Krüger, Christina	ja
Krüger, Nancy	ja
Ksink, Reinhard	nein
Lehmann, Karin	ja
Mattigk, Peter-Martin	ja
Meyer, Juliane	Enthaltung
Miethke, Anja	entsch.
Niels, Sabine	ja
Petenati, Wolfgang	nein
Rausch, Sebastian	Enthaltung
Sachse, Gerold	nein
Schumann, Petra	nein
Teichmann, Jürgen	Enthaltung
Wagner, Elke	nein
Wende, Stephan	nein
Zänker, Jens-Olaf	ja
Rudolph, Matthias	ja

TOP 8.7 Prüfbericht zum geänderten Jahresabschluss 2016

7/DS/033

Thomas Apitz hat zum Prüfbericht bzw. zur konkreten Schadenssumme noch einige Nachfragen auf die Frau Huhn eingeht. Sie erläutert, dass der Stadt tatsächlich ein Schaden entsteht, wenn Vermögen unter Wert veräußert wird. Dafür müsste von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer ein Wertgutachten eingeholt werden. Das ist nicht erfolgt. Man müsste auch die Genehmigung der Kommunalaufsicht einholen, was ebenfalls nicht erfolgt ist. Sie empfiehlt, die Genehmigung nachzuholen.

Frau Wagner beantragt, den Beschluss in zwei Teilen abzustimmen.
Dies lässt der Vorsitzende abstimmen:

Zustimmung: 14 Ja 10 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Schlussbericht über die Prüfung des geänderten Jahresabschlusses 2016 zur Kenntnis.

Abstimmung: 29 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

Abstimmung: 14 Ja 10 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen

TOP 8.8 Geänderter Jahresabschluss 2016

7/DS/032/

1

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Herr Sachse bittet, getrennt über die Beschlussvorschläge abzustimmen.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den geprüften Jahresabschluss 2016 gemäß Anlagen A 1 bis A 4.

Zustimmung: 20 Ja 2 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree erteilt nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens dem im Prüfungszeitraum amtierenden Bürgermeister nicht die Entlastung für die im Sachverhalt unter 1. und 2. dargestellten Verstöße. Im Übrigen wird dem Bürgermeister für den Prüfungszeitraum die Entlastung erteilt.

Zustimmung: 17 Ja 7 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen

3. Die Teilentlastung basiert auf den im Sachverhalt genannten Gründen.

Zustimmung: 18 Ja 4 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen

4. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister die nachfolgend genannten Sachverhalte der Kommunalaufsichtsbehörde zwecks Einleitung disziplinarrechtlicher Maßnahmen anzuzeigen:

- a) Abschluss von zwei hochspekulativen Geschäften in den Jahren 2007-2010, Prüfungsfeststellung des Sachverhalts im Haushaltsjahr 2016 mit geschlossenem Vergleich mit der EAA,
- b) Missachtung der Schadensminimierungspflicht bei der Überzahlung von Beschäftigten in zwei Fällen,
- c) Verletzung der Genehmigungspflicht durch die Kommunalaufsicht bei unentgeltlicher Veräußerung von Vermögen, Anteile bei der Gesundheitszentrum Verwaltungsgesellschaft.

Zustimmung: 18 Ja 10 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen

TOP 8.9 Haushaltssatzung 2020

7/DS/043

Frau Brückner erläutert die Grundsätze der Haushaltsplanaufstellung, die wichtigsten Eckdaten und die Zeitschiene zum HP 2020. Die Bestandteile des Haushalts sind der Ergebnishaushalt, der Finanzhaushalt inklusive der Investitionen.

Sie geht auf einige ausgewählte Haushaltspositionen (Gewerbsteuer, Schlüsselzuweisung, Personalkosten, Kreisumlage und Tilgung lfd. Kredite) ein und erläutert Eckdaten des Finanzhaushalt (z.B. Saldo aus lfd. Verwaltung, Saldo aus Investitionen). Der Zeitplan sieht vor, dass der Haushalt bis 2.10.2019 zur Verfügung gestellt wird. Danach kann die Diskussion in den Ausschüssen, die Haushaltsklausur und die finale Überarbeitung erfolgen. Ziel ist die Beschlussfassung am 14.11.2019. Frau Brückner betont mehrmals, dass der Fokus der Haushaltsplanung auf das Jahr 2021 zu legen sein wird. In diesem Jahr werden nach den derzeitigen Grundsätzen Engpässe bei den Finanzmitteln entstehen. Im Jahr 2020 weist der Haushalt ein Saldo aus lfd. Verwaltung von 5,07 Mio€ aus, in 2021 sind das 0,57 Mio€. Es wird eine negative Bestandsveränderung von -5,06 Mio€ geben.

In der anschließenden Diskussion zum Einladungsprozedere wird vorgeschlagen, dass der Finanzausschuss die Fraktions- und anderen Ausschussvorsitzenden einlädt und das Verfahren bestimmt. Darüber hinaus besteht der Wunsch, dass die Verwaltungsführung und die Kämmerin in die einzelnen Fraktionssitzungen kommen, um detaillierte Fragen zu beantworten.

Herr Wichary bittet vorsorglich, über eine evtl. Sondersitzung des Finanzausschusses zu der dann alle Anderen eingeladen werden, einen Beschluss zu fassen.

Die Anwesenden sprechen sich einstimmig dafür aus, ein konkreter Termin ist noch abzustimmen.

Verweisung

TOP 8.10 Eigenanteile für das Bundesprogramm "Demokratie Leben!"

7/DS/030

Der Vorsitzende gibt den Hinweis, dass es im Sozialausschuss den Antrag der AfD-Fraktion gab, sich gegen jeglichen Extremismus auszusprechen.

Nunmehr liegt zur heutigen SVV von der DIE PARTEI. ein weiterführender Ergänzungsantrag vor, der hiermit zuerst zur Abstimmung gebracht wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree beschließt, im Falle der Bewilligung der für die „Partnerschaft für Demokratie“ der Stadt Fürstenwalde und des Amtes Odervorland mit der Gemeinde Steinhöfel im Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2024 beantragten Förderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ die jeweils notwendigen Eigenmittel in Höhe von 13.888,89 € pro Jahr (entspricht 10 Prozent der Gesamtausgaben) in den Haushalt der Stadt einzustellen.

Es soll formuliert werden: ... Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, islamischen Extremismus und auch linken Extremismus, sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit und darauf bezogene Diskriminierungen, insbesondere auch Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Homosexuellen- und Transfeindlichkeit ...“

Zustimmung mit Änderung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 8.11 Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree

7/DS/007

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Herr Mattigk erklärt seine Befangenheit.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zur Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, in Abgleich mit dem Prämien- und Ehrenzeichengesetz des Landes Brandenburg vom 30.04.2019 einen Vorschlag für eine neue Aufwandsentschädigungssatzung zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung möglichst in ihrer Sitzung am 14.11.2019 zur Abstimmung vorzulegen. Im Verfahren zur Erarbeitung der neuen Aufwandsentschädigungssatzung sind Vertreter der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree zu beteiligen.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

**TOP 8.12 Bebauungsplan Nr. 111 "Parkanlage Bettina-von-Arnim-Straße" hier: 7/DS/011
Auslagebeschluss**

In der Diskussion zu diesem Vorgang werden verschiedene Aspekte zum bisherigen Umgang mit diesem Areal angesprochen. Herr Wende spricht von einer in der Vergangenheit falsch gestellten Weiche für die Entwicklung wieder zurückzunehmen. Er wirbt für eine Grünfläche an dieser Stelle. Herr Geike meint, es seien im Stadtentwicklungsausschuss alle Argumente ausgetauscht worden. Er findet es gut, dass sich Herr Heiß für seine Wohngegend einsetzt. Aber, so erläutert er weiter, es geht auch um die Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler und um Vertrauen in die Politik. Das muss auch für Unternehmer gelten, die Privatkapital einsetzen, die sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten und nun als Deppen dastehen. Er spricht sogar von einer Enteignung und meint, Investoren schauen sehr genau auf das, was die Stadt Fürstenwalde macht.

Herr Zänker spricht von verlässlichen Partnern, die zu ihrem Worte stehen und ihre Planungsziele mit Nachdruck verfolgen. Die Verhandlungen mit den Eigentümern und der Planungsprozess sollten weiterverfolgt werden. Gut findet die Fraktion die Schaffung einer öffentlichen Grünfläche, die für viele im Umfeld für Erholung, Entspannung, Klimaschutz, bürgerschaftliches Engagement und zum Wohle Vieler etc. stehen wird.

Abschließend beantragt er die namentliche Abstimmung.

Herr Teichmann spricht von einem Enteignungs- und Bauverhinderungsbeschluss, wenn der Beschlussvorschlag 1 favorisiert würde. Nicht nachvollziehen kann er, dass Investoren vergrault werden sollen und man über einen „Park“ in Größe eines Gartens debattiert, dessen Kosten ins Unermessliche steigen.

Der Vorsitzende bringt nunmehr die Variante 1 des Beschlusses zur namentlichen Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 111 „Parkanlage Bettina-von-Arnim-Straße“ (Stand: 24.07.2019) zur Kenntnis. Sie beschließt, mit diesem Entwurf die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Namentliche Abstimmung:

Apitz, Peter	ja
Apitz, Thomas	ja
Aulich, Lars	Enthaltung
Bargenda, Jutta	ja
Behrmann, Cornelia	ja
Berger, Franz	Enthaltung
Biagini, Enrico	Enthaltung
Dippe, Christian	ja
Fachtan, Axel	nein
Fiedler, Monika	ja
Fischer, Thomas	entsch.

Gebauer, Jürgen	Enthaltung
Geike, Gernot	nein
Hamacher, Kai	Enthaltung
Hooge, Rolf-Peter	Enthaltung
Koch, Uwe	nein
Krüger, Christina	Enthaltung
Krüger, Nancy	Enthaltung
Ksink, Reinhard	ja
Lehmann, Karin	nein
Mattigk, Peter-Martin	ja
Meyer, Juliane	ja
Miethke, Anja	entsch.
Niels, Sabine	ja
Petenati, Wolfgang	nein
Rausch, Sebastian	ja
Sachse, Gerold	ja
Schumann, Petra	ja
Teichmann, Jürgen	nein
Wagner, Elke	Enthaltung
Wende, Stephan	ja
Zänker, Jens-Olaf	ja
Rudolph, Matthias	nein

**TOP 8.13 Programm der Städtebauförderung "Stadtumbau III", hier: Kommunale 7/DS/016/
Handlungsleitlinie zum Verfügungsfonds 1**

Herr Tschepe erläutert, dass hier eine DS 7/016/1 vorgelegt wurde. Dies, weil ursprünglich die im Fachausschuss diskutierten Änderungsvorschläge eingearbeitet werden sollten. Nach nochmaliger ausführlicher Prüfung wurden aber keine Änderungen vorgenommen.

Herr Wende fragt nach, ob seine Änderungsvorstellungen berücksichtigt werden. Darauf Herr Tschepe erläutert, dass die Anwohnerbeteiligung im Verfügungsfonds Gebietskulisse „Soziale Stadt“ als Änderung aus dem Kultur- und Sozialausschuss eingearbeitet worden ist. Des Weiteren ging es um die Berechtigung, am Ort oder am Objekt Fördermittel zu beantragen und einzusetzen.

Herr Wichary ergänzt, dass ja drei Beratungsdrucksachen vorliegen.

. kommunale Handlungsrichtlinie zum Verfügungsfonds Stadtumbau III – hier gehören keine Anwohner zur Beschlussfähigkeit

. kommunale Handlungsrichtlinie Soziale Stadt 7/017 – zum Gremium gehören 3 AnwohnerInnen, dort ist die Regelung zum Bewilligungsgremium mit aufgenommen

. Aktionsfond Soziale Stadt, DS 7/018 kein Anwohner im Gremium

Beschluss:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Handlungsleitlinie der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Mittelvergabe aus dem Verfügungsfonds im „Stadtumbau“.
- 2) Dem vorgeschlagenen Umsetzungsverfahren wird zugestimmt.
- 3) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Haushaltsplan jährlich bis 2025 eine Summe von 10.000 Euro zur Bezuschussung von förderfähigen Aktivitäten und Projekten zur Verfügung zu stellen.

Zustimmung Ja 29 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.14 Programm der Städtebauförderung "Soziale Stadt", hier: Aktualisierung der Kommunalen Handlungsleitlinie zum Verfügungsfonds **1**

Beschluss:

- 4) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Handlungsleitlinie der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Mittelvergabe aus dem Verfügungsfonds im Programm „Soziale Stadt Fürstenwalde Nord“.
- 5) Dem vorgeschlagenen Umsetzungsverfahren wird zugestimmt.
- 6) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Haushaltsplan bis 2025 jährlich eine Summe von 10.000 Euro zur Bezuschussung von förderfähigen Aktivitäten und Projekten zur Verfügung zu stellen.

Zustimmung Ja 29 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.15 Programm der Städtebauförderung "Soziale Stadt", hier: Kommunale Handlungsleitlinie zum Aktionsfonds

Beschluss:

- 7) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die die Kommunale Handlungsleitlinie zur Beförderung von Bürgermitwirkung und Unterstützung des lokalen Engagements im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“.
- 8) Dem vorgeschlagenen Umsetzungsverfahren wird zugestimmt.
- 9) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Haushaltsplan bis 2025 jährlich eine Summe von 2.500 Euro zur Bezuschussung von förderfähigen Aktivitäten und Projekten zur Verfügung zu stellen.

Zustimmung Ja 30 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.16 Umbenennung einer Straße im Gebiet Ausbau Ost/Verlängerung der Ehrenfried-Jopp-Straße

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den in der Anlage 1 dargestellten Straßenabschnitt im Gebiet Ausbau Ost, gebildet aus dem Flurstück 1/1 der Flur 16, dem Flurstück 300 der Flur 96 und dem Flurstück 13tw. der Flur 108 in der Gemarkung Fürstenwalde/Spree in **Ehrenfried-Jopp-Straße** umzubenennen. Der Abschnitt wird die bestehende Straße auf eine Gesamtlänge von knapp 1,9 km verlängern. Die Ehrenfried-Jopp-Straße geht damit künftig von der Trebuser Straße bis Buschgarten.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.17 Bebauungsplan Nr. 109 "Einkaufszentrum Alte Langewahler Chaussee" hier:Satzungsbeschluss

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V .m. § 4 a BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur

Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils i. V. m. § 4a BauGB, Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt aller im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.

2. Der Bebauungsplan Nr. 109 "Einkaufszentrum Alte Langewahler Chaussee" für das Gebiet der Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 163, Flurstücke 141, 275, 277, 279, 281, 287, 322 teilweise, 346, 347, 348, 349, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B,) wird auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 38]), und § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) als Satzung beschlossen. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.18 Nebentätigkeit des Bürgermeisters

7/DS/015

Der Bürgermeister erklärt, dass er dem Mitwirkungsverbot nach § 22 der Bdbg.KommVerf. unterliegt.

Von der BFZ-Fraktion wird in Würdigung der bisherigen Diskussion ein Änderungsantrag eingebracht, der die Befristung der Nebentätigkeit zunächst für ein Jahr bis 30.9.2020 vorsieht. Nach einem Jahr soll die SVV sich auf Basis der durch den Bürgermeister vorzulegenden Unterlagen neu entscheiden können.

Dr. Berger stellt den Antrag, zunächst über die Nebentätigkeit abzustimmen bevor über eine evtl. Befristung befunden werden kann.

Dieser Antrag wird mit 28 Ja- und 1 Gegenstimmen befürwortet.

Frau Lehmann bittet um namentliche Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt Herrn Matthias Rudolph die mit seinem Schreiben vom 26.07.2019 beantragte entgeltliche Nebentätigkeit als selbständiger Vermittler für Immobilienfinanzierungen, Kredite, Kapitalanlagen und Versicherungen mit Wirkung zum 01.08.2019.

Namentliche Abstimmung:

Apitz, Peter	nein
Apitz, Thomas	ja
Aulich, Lars	ja
Bargenda, Jutta	nein
Behrmann, Cornelia	nein
Berger, Franz	nein
Biagini, Enrico	ja
Dippe, Christian	ja
Fachtan, Axel	ja
Fiedler, Monika	Enthaltung
Fischer, Thomas	entsch.
Gebauer, Jürgen	ja
Geike, Gernot	nein
Hamacher, Kai	ja
Hooge, Rolf-Peter	ja
Koch, Uwe	nein

Krüger, Christina	ja
Krüger, Nancy	Enthaltung
Ksink, Reinhard	nein
Lehmann, Karin	nein
Mattigk, Peter-Martin	Enthaltung
Meyer, Juliane	nein
Miethke, Anja	entsch.
Niels, Sabine	ja
Petenati, Wolfgang	nein
Rausch, Sebastian	nein
Sachse, Gerold	nein
Schumann, Petra	nein
Teichmann, Jürgen	nein
Wagner, Elke	nein
Wende, Stephan	nein
Zänker, Jens-Olaf	ja
Rudolph, Matthias	Mitwirkungsverbot

TOP 8.19 Benennung des Kämmerers/der Kämmerin

7/IV/036

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Kenntnisnahme

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister geht noch einmal auf die Einwohnerfrage nach der Benennung zur Johnstr. am Friesenstadion ein und stellt richtig, dass die Diskussion dazu noch einmal in die Ausschüsse verwiesen worden war. Leider fand sie dort dann aber nicht noch einmal statt.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Herr Petenati bittet eindringlich, sich nochmals für die Wiedereinrichtung des Grünpfeiles in der Dr.-W.-Külz-Straße einzusetzen.

Der Bürgermeister erinnert, dass es im Jahr 2016, 2017 und 2018 jeweils einen Unfall mit Personenschaden gab und diese auf den grünen Pfeil zurückzuführen sind. Deshalb gibt es ohne Ermessensspielraum nur die Möglichkeit, ihn dort abzubauen. Nunmehr wird er wieder Argumente dafür sammeln, ihn an der Stelle wieder aufzubauen.

Herr Wende spricht die Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten in privater und freier Trägerschaft in Fürstenwalde an. Die erste Runde wurde zur Verständigung genutzt, aus der sich nun folgende 3 Fragen ergeben haben:

- . auf welcher Kalkulationsgrundlage sind die Kosten in der RL ermittelt worden?
- . in welcher Richtung entwickeln sich die Finanzierungsströme der kommunalen Kitas?
- . bei wie vielen freien Trägern gab es Beanstandungsbedarf und über welche Summe an Rückforderungen wird geredet?

Herr Wichary berichtet, dass die Kalkulationsgrundlage insbesondere für die Reinigung in der DS ausgeführt wird. Die Fragen zu Sachkosten (Einzelfälle) wurden am und werden in weiteren Ausschusssrunden weiterhin beantwortet.

Er geht weiterhin darauf ein, dass wenn eine Kita-Finanzierungsrichtlinie und Regelungen für die freien Kitas vorliegen, kann das als Grundlage in der Haushaltsdebatte genutzt werden, um zu

überlegen, wie die kommunalen Kitas ausgestattet werden. Das ist aber bisher nicht Bestandteil der Drucksache.

Die Frage wie viele bestandskräftige Bescheide aus der Vergangenheit noch einmal angefasst werden beantwortet er ebenfalls. Es ist kein Bescheid. Vielmehr ist es so, dass in vielen Fällen für die Vorjahre jetzt erst die Abrechnungen vorliegen. Damals wurden vorläufige Vorauszahlungen ausgereicht und nun gibt es einen z.T. erheblichen Rückstand, der bis in das Jahr 2016 reicht. Von einigen freien Trägern liegen noch gar keine Abrechnungen vor. Das ist Bestandteil der vorläufigen Bescheide. Nach der Abrechnung kann es dann ggf. eine Nach- oder Rückzahlung geben.

Herr Aulich fragt zum Sachstand Buswartehäuschen an der Hangelsberger Chaussee und zu den Fahrradboxen am Bahnhof.

Der Bürgermeister berichtet, dass der Antrag auf Förderung der Fahrradboxen gestellt wurde. Die Boxen sollen im Bahnhofsumfeld überall dort aufgestellt werden, wo es möglich ist. Nicht alle Boxen können mit Ladestationen versehen werden, da sie im Laufe der Zeit und der weiteren Realisierung des Vorhabens Mobildrehscheibe Bahnhof auch wieder umgestellt werden müssen. Nach Förderrichtlinie werden genau 16 zunächst mit Ladestation ausgestattet werden.

Herr Tschepe berichtet, dass der Auftrag für das Wartehäuschen Hangelsberger Chaussee ausgelöst wurde und die Aufstellung noch im Oktober erfolgt.

Nancy Krüger gibt den Hinweis bezüglich des Freizeitparks Kleine Freizeit Fwe. Nord, dass der abends und nachts nicht beleuchtet ist.

Herr Tschepe will das klären lassen und gibt die Auskunft, dass das Licht in den meisten Grünanlagen um 23.00 Uhr ausgeht.

Frau Bargenda kritisiert, dass es in der Vergangenheit immer wieder mal vorkam, dass zu wichtigen Veranstaltungen (im Dom zum Gedenken und zur Mahnung an den Beginn des 2. Weltkrieges oder am Samstag zum Hoffest des Vereins Frauen helfen Frauen) keine VertreterInnen oder der Fraktionen der Stadt anwesend waren.

Herr Zänker fragt zum Sachstand der Einhaltung der Kunststofflagerrichtlinie am Tränkeweg und bittet um baldige Beantwortung.

Herr Apitz lädt im Namen des Behindertenbeirates zum „Tag des Sehens“ am 17.10.20219 ins Museum ein.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 15 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin